



## Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung

Wahlprüfsteine zur  
Wahl zum Abgeordnetenhaus  
von Berlin 2021

Klimafreundliche, nachhaltige  
und sozial gerechte  
Stadtentwicklung in Berlin

## WER WIR SIND – MITGLIEDER UNSERES BÜNDNISSES

- Bürgerbündnis zum Erhalt eines lebenswerten grünen Kiezes – Friedrichshain
- Mieterinitiative „Erhaltet unsere grünen Friedrichshainer Innenhöfe“ - Friedrichshain
- Aktionsbündnis Lebenswertes Wohnen in Friedrichshain-West
- Verein für Lebensqualität an der Michelangelostraße e.V. – Pankow
- Schöneberger Bürger gegen Nachverdichtung „Mühlenberg Initiative“
- Bürgerinitiative Kietzer Feld und Wendenschloss – Köpenick
- Initiative Johannisthal Landfliegerstraße – Treptow
- Bürgerinitiative Kiefernwald-Adlershof – Treptow
- Bürgerinitiative „Rettet den Ilse-Kiez“ – Karlshorst/ Lichtenberg
- Initiative Lebenswertes Spindlersfeld – Köpenick
- Bürgerinitiative “Grüner Kiez Pankow”
- Bürgerinitiative „klimafreundliches Pankow“
- Bürgerinitiative auf dem lichten berg – Lichtenberg
- Bürgerinitiative Jahnsportpark - Pankow
- Bürgerinitiative Grüne Westendallee e.V. – Charlottenburg/ Wilmersdorf
- Anwohnerinitiative Ernst-Thälmann-Park – Pankow
- Bürgerinitiative Vesaliuskiez – Pankow

## WOFÜR WIR STEHEN

Berlin benötigt dringend bezahlbaren Wohnraum. Doch statt nachhaltig zu planen, wird derzeit nachverdichtet und versiegelt, wo bisher Grünoasen Frischluft für die Großstadt erzeugen und das Stadtklima sichern. Die zunehmende Versiegelung verschärft die negativen Auswirkungen des Klimawandels, sorgt für rasant steigende Temperaturen in der Stadt und bedroht die Gesundheit der Bevölkerung.

Bestehende Siedlungen und Wohnanlagen sind mit sinnvoller, bedarfsgerechter Infrastruktur (z.B. Kitas, Schulen, Sport- und Spielplätzen) und umliegenden Grün- und Sozialflächen geplant worden. Statt Nachverdichtung und Versiegelung benötigt Berlin eine nachhaltige Stadtentwicklung, bei der Stadtquartiere und Grün- und Sozialflächen unter Berücksichtigung des Klimawandels und der Pandemie geplant werden, Frischluftschneisen in alle Kieze gelegt und Flächen für weitere Stadtbäume entsiegelt werden.

Unser parteiunabhängiges “Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung” besteht aus derzeit 17 Initiativen. In stadtentwicklungspolitischen Diskursen vertreten wir die Stimme der BewohnerInnen und MieterInnen. Gemeinsam setzen wir uns ein für eine klimagerechte, nachhaltige und soziale Stadtentwicklung, insbesondere für den Erhalt von Grün- und Sozialflächen, den Schutz Berliner Bäume, für gesunde Lebensbedingungen, eine bedarfsgerechte Infrastruktur, Artenvielfalt, Entsiegelung, Umbau statt Abriss und echte Bürgerbeteiligung bei allen Projekten. Zur Erreichung dieser Ziele fordern wir die notwendigen Änderungen der Berliner Bau- und Planungsvorschriften, ebenso wie eine konsequente Steuerung seitens der Bezirke vor Ort.

## UNSERE FRAGEN

Mit unseren Wahlprüfsteinen zur Berliner Abgeordnetenhauswahl 2021 möchten wir die parteipolitischen Einstellungen zu unseren Themenschwerpunkten in Erfahrung bringen und der Öffentlichkeit als Orientierungsmarke für Wahlentscheidungen zugänglich machen.

**Wir bitten um Rücksendung Ihrer Antworten als PDF oder Word-Datei bis zum 8. August 2021 an das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung unter folgender E-Mail-Adresse: [team@nachhaltigestadtentwicklung.berlin](mailto:team@nachhaltigestadtentwicklung.berlin)**

## KLIMAFREUNDLICHE STADTENTWICKLUNG

Berlins Stadtentwicklung steht auch aufgrund des jüngst gefassten Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zur Nachbesserung im Klimaschutz vor großen Herausforderungen. Planung und Vollzug müssen so angepasst werden, dass sie ihren definierten Beitrag zum Erreichen des Klimaziels leisten.

1. Welche Lehren ziehen Sie für die Berliner Stadtentwicklungspolitik aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts?

*Klimaschutz und Klimagerechtigkeit sehen wir als die größten politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahre. Die bisherigen politischen Weichenstellungen der letzten Jahrzehnte sind vollkommen unzureichend.*

2. Sehen Sie die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung in Berlin als einen Schwerpunkt Ihrer politischen Tätigkeit in der nächsten Legislaturperiode an?

*Ja, definitiv. Alle unsere Schwerpunktthemen (Verwaltung, Bildung, Digitalisierung, Wohnen und Mobilität) sehen wir stets unter dem Aspekt des 1,5-Grad-Ziels.*

3. Falls ja: Welche Vorhaben planen Sie?

*Volt setzt sich europaweit für Klimaneutralität bis spätestens 2040 ein, deutschlandweit streben wir zudem CO<sub>2</sub>-Neutralität bis 2035 an.*

*Konkret planen wir für Berlin eine CO<sub>2</sub>-neutrale Verwaltung bis 2035, künftig sollen zudem für staatliche Aufträge Nachhaltigkeitskriterien gelten. Durch umfangreiche Modernisierungsprogramme, kostenlose Beratungsstellen sowie eine Pflicht zur Installation von Solaranlagen bei Neu- und Umbauten von Dächern wollen wir den Berliner Wohnungsbestand bis 2035 CO<sub>2</sub>-neutral machen. Der Neubau soll durch Abschaffung von klimaschädlichen Subventionen und die Förderung von nachhaltigen Baumaterialien klimaneutral werden. Die Berliner Fernwärme soll ausgebaut, rekommunalisiert und bis 2035 CO<sub>2</sub>-neutral werden. An den Berliner (Hoch-)Schulen soll Klimabildung ein Teil jedes Lehrplans werden, zudem sollen alle Mensen künftig regionale, saisonale und ökologische Küche anbieten. Den Verkehrssektor wollen wir durch Förderung des "Umweltverbundes" (ÖPNV, Fahrrad, zu Fußgehende) umbauen sowie den motorisierten Individualverkehr reduzieren. Die genaue Pläne dazu finden Sie in unserem Wahlprogramm.*

## VERSORGUNG MIT GRÜNINFRASTRUKTUR

In Zeiten des Klimawandels ist eine umfangreiche wohnungsnaher Grünversorgung für alle StadtbewohnerInnen unersetzlich (Klimafolgenmonitoring Berlin, Sachstandsbericht 2016, S. 25).

In den vergangenen Jahren wurde die erforderliche Versorgung mit Grüninfrastruktur jedoch stiefkindlich behandelt, während Neubauzahlen stark im Fokus der Berliner Politik, Verwaltung und der Öffentlichkeit standen. Auch in Bereichen mit festgestellter Unterversorgung an wohnungsnahen Grünflächen wird durch eine überwiegende Genehmigungspraxis nach § 34 Baugesetzbuch (BauGB) - einfaches Baugenehmigungsverfahren - unkontrollierte Nachverdichtung bewilligt, ohne dass parallel die erforderliche Grünentwicklung geschieht. Die Grünplanung darf nicht länger der Bauplanung untergeordnet bleiben.

1. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für den Erhalt und eine verbesserte Pflege von Grünflächen einsetzen? Welche Handlungsschwerpunkte werden Sie verfolgen?
2. Verfolgt Ihre Partei das Ziel, die Versorgung mit wohnungsnahem Grün in Berlin - auch quantitativ - zu verbessern? Welche Lösungsansätze sehen Sie, um Unterversorgung entgegenzuwirken?
3. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass je Verwaltungsbezirk analog zu sogenannten Schulentwicklungsplänen auch „Grünversorgungsentwicklungspläne“ eingeführt werden?

4. Wie kann ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den erforderlichen Grün- und Bauflächen sichergestellt werden?
5. Wie stehen Sie zur Realisierung von Bauvorhaben in Planungsgebieten mit quantitativer Unterversorgung an (öffentlichen) Grünflächen? Sollten Bauvorhaben in solchen Gebieten reglementiert oder untersagt werden können? Welche (gesetzgeberischen) Lösungsansätze sehen Sie in Berlin und werden Sie sich dafür einsetzen?

Wir erlauben uns, diesen Fragenblock gesammelt zu beantworten:

*Volt ist es wichtig, dass die Frischluftschneisen, Parks und Grünflächen unserer Stadt erhalten bleiben, da diese eine wichtige Funktion in der Klimaregulierung haben. Daher bevorzugen wir die Nachverdichtung (Schließung von Baulücken auf bereits versiegeltem Boden und Dachgeschossausbau) im Stadtzentrum sowie einen Neubau am Stadtrand, der möglichst ohne Flächenversiegelung auskommt, zum Beispiel auf ehemaligen Industrieanlagen. Wo dies nicht möglich ist, soll ein möglicher Wegfall von Grünflächen am Gebäude oder in direkter Umgebung ausgeglichen werden müssen. Hier bieten sich unter anderem die Dach- und Fassadenbegrünung an, welche wir stärker als bisher fördern werden. Außerdem planen wir bundesweit, dass das Baurecht nach § 34 BauGB um Gemeinwohlbelange erweitert wird. So werden Kommunen in die Lage versetzt, im Genehmigungsverfahren neben städtebaulichen auch soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen.*

## BAUMSCHUTZ

Die Berliner Bäume sind zunehmend in Gefahr. Sie leiden unter schlechten Standortbedingungen und der anhaltenden Trockenheit. Bei Bauvorhaben haben die Naturschutzbehörden kaum Möglichkeiten, sich für den Erhalt wertvoller Bäume einzusetzen. Nur unwesentlich störende Bäume können überhaupt geschützt werden, alle anderen Fällungen müssen genehmigt werden. In der Folge nimmt der Baumbestand in der Stadt seit Jahren ab, womit zugleich die Zerstörung des Lebensraums für Insekten, Vögel und andere Tiere voranschreitet.

1. Wird Ihre Partei sich in der nächsten Legistaturperiode für den Erhalt und für eine verbesserte Pflege der Berliner Stadtbäume einsetzen? Falls ja: Welche Handlungsschwerpunkte werden Sie verfolgen?

*Prinzipiell: Ja! Sollten wir in das Berliner Abgeordnetenhaus einziehen, möchten wir eng mit Expert\*innen aus der Wissenschaft zusammenarbeiten und evidenzbasierte Lösungen finden, um eine optimale Pflege der Berliner Stadtbäume zu gewährleisten. Uns ist bewusst, dass ausreichende und gesunde Stadtbäume einen wichtigen Beitrag zur Klimaregulation leisten und möchten diese erhalten und - wo möglich - ausbauen.*

2. Wie stehen Sie zu einer Reform der Berliner Baumschutzverordnung (BaumSchVO) dahingehend dass

- a) die Ausnahmetatbestände (§ 5 BaumSchVO) zugunsten des Baumschutzes auf ein Minimum eingeschränkt werden - insbesondere bei Bautätigkeit oder geplanter Versiegelung von Grundstücksflächen?
- b) eine Verpflichtung für Eigentümer und Nutzungsberechtigte aufgenommen wird zur weitestmöglichen Anpassung geplanter Bauvorhaben mit dem Ziel des Erhalts bestehenden Baumbestands?
- c) die Fällung von Bäumen nur noch als "letztes Mittel" genehmigt werden darf?
- d) bei Fällungen die Ersatzpflanzung als Regelfall des ökologischen Ausgleichs definiert wird und die Zahlung einer Ausgleichsabgabe nur noch im begründeten Ausnahmefall möglich ist? (Bislang handelt es sich nach § 6 Abs. 1 BaumSchVO Berlin um zwei gleichwertige Alternativen, zwischen denen der Antragssteller einer Baumfällung wählen darf.)
- e) Ersatzpflanzungen baufeldnah (Umkreis von 500 m) erfolgen müssen?

- f) die Möglichkeiten von Ersatzpflanzungen auf öffentlichen Flächen zusätzlich gestärkt werden?
- g) im Rahmen von Ersatzpflanzungen stets mindestens dieselbe Zahl von Bäumen nachzupflanzen ist, wie gefällt wurde?

*Die oben genannte Vorschläge ergeben durchaus viel Sinn. Die Punkte d) und e) sind bereits in unserem Wahlprogramm formuliert (Seite 80: "Dach- und Fassadenbegrünung für ein besseres Stadtklima"). Bitte sehen Sie uns nach, dass wir als junge Partei noch keine konkreten Beschlüsse zu allen oben genannten Punkten gefasst haben und wir diese konkret nach dem Einzug ins Abgeordnetenhaus prüfen werden.*

3. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode dafür einsetzen, dass bei Bauvorhaben von Beginn an (im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens nach § 34 BauGB genauso wie bei Aufstellung von B-Plänen) die notwendigen Baumaßnahmen-Nebenflächen (Fahrwege, Aufstellung von Bauinfrastruktur) unter Gesichtspunkten des Baum- und Naturschutzes berücksichtigt werden müssen?  
Falls ja: Werden Sie sich für eine Gesetzesinitiative zur Verhinderung daraus resultierender Naturschäden einsetzen?

*Auszug aus unserem Wahlprogramm (Seite 82): "Außerdem planen wir, dass das Baurecht nach § 34 BauGB um Gemeinwohlbelange erweitert wird. So werden Kommunen in die Lage versetzt, im Genehmigungsverfahren neben städtebaulichen auch soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen." Dies beinhaltet ebenfalls die Betrachtung des Baum- und Naturschutzes und die Verhinderung von Naturschäden.*

4. Für die Realisierung einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Berlin muss die Rolle der für den Natur-, Baum und Klimaschutz zuständigen Gremien und Fachämter gegenüber den Baubehörden gestärkt werden. Werden Sie sich dafür einsetzen? Welche Möglichkeiten sehen Sie?

*Wir bereits in Frage 3 erwähnt, möchten wir bundesweit das Baurecht nach § 34 BauGB um Gemeinwohlbelange erweitern, sodass Klimaschutz bei Bauvorhaben einen wichtigen Stellenwert erhält. Durch die vollständige Digitalisierung der Bauakte und insgesamt der Berliner Verwaltung erwarten wir eine vereinfachte Zusammenarbeit der zuständigen Fachämter.  
Es sollten künftig Nachhaltigkeit und Klimaneutralität über die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen der öffentlichen Hand entscheiden. Dies gilt also ebenfalls für die Vergabe von Bauland und Bauaufträgen durch die öffentliche Hand "nach Konzept".*

## BAUWESEN/RESSOURCENSCHONUNG

Das Bauwesen verursacht lt. Umweltbundesamt mit rund 215 Mio. t jährlich den größten Abfallstrom in Deutschland und verantwortet mehr als die Hälfte des gesamten Abfallaufkommens. Nur 7 % dieses Abfalls werden in Gebäuden recycelt. Der Rest wird im Straßenbau als Schotter verwendet oder deponiert, was jährlich ca. 100 Mio. km Lkw-Fahrten verursacht. Selbst scheinbar unendliche Ressourcen wie Sand (am Meer) werden bereits so knapp, dass sie zunehmend durch kriminelle Strukturen illegal abgebaut werden. Für eine Branche mit ca. 870.000 Beschäftigten, die ca. 5,6 % zum BIP beiträgt, sind das beschämende Fakten (Angaben aus DBT Drs. 19/23152).

Am 10. Dezember 2019 hat der Berliner Senat auf Vorlage von Klimaschutzsenatorin Regine Günther als erstes Bundesland die Klimanotlage anerkannt. Berlin verfolgt eine Zero-waste-Strategie und fordert in der Verwaltungsvorschrift Beschaffung und Umwelt (VwVBU) eine Lebenszyklusbetrachtung.

Dennoch werden auch in Berlin unverändert zahlreiche Bauten abgerissen, die oftmals nur wenige Jahrzehnte alt sind. Aktuell soll z.B. nach dem Willen der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin das erst 1987 errichtete Cantian-Stadion abgerissen werden. An der Stelle eines bestehenden Stadions mit 20.000 Sitzplätzen soll ein Stadion-Neubau mit ebenfalls 20.000 Sitzplätzen errichtet werden.

Ein zukunftsweisendes Gegenbeispiel stellt die diesjährige Vergabe des international renommierten Pritzker-Preises an das französische Architekturbüro Lacaton Vassal dar. Dieses Büro ist v.a. für seine minimal-invasiven, bestandserhaltenden Um- und Weiterbauten weltbekannt. Diese Auszeichnung zeigt einen deutlichen Paradigmenwechsel auf, wie er auch im Manifest „Das Haus der Erde“ des Bundes Deutscher Architekten zum Ausdruck kommt.

1. Wie beurteilen Sie ein Vorhaben, bei dem ein Neubau gleicher Kapazität und Funktion einen noch jungen Bestandsbau ersetzen soll, aus dem alleinigen Grund von gestiegenen Anforderungen des Deutschen Fußball Bundes an Profi-Stadien?

2. Sehen Sie die Notwendigkeit stärkerer Ressourcenschonung im Berliner Bauwesen? Falls ja, mit welchen Instrumenten wollen Sie diese umsetzen?

3. Wie kann, Ihrer Meinung nach, dem Erhalt bestehender Bausubstanz besser Rechnung getragen werden? Wie werden Sie sich dafür einsetzen?

4. Momentan werden Bedarfsprogramme unabhängig von den vorhandenen Bestandsbauten entwickelt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass künftig zunächst die Potentiale des Um- und Weiterbaus festgestellt und die Bedarfsplanungen daran angepasst werden? Falls ja: Mit welchen Instrumenten wollen Sie das erreichen?

5. 2014 wurde dem Abgeordnetenhaus von Berlin eine im Auftrag von SenIDS mit Beteiligung von SenSW erstellte Machbarkeitsstudie zum Jahn-Sportpark vorgelegt, in der die Möglichkeiten eines Umbaus nicht einmal geprüft wurden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass ressourcenschonendes Weiterbauen bei künftigen Projekten zwingend als Option geprüft werden muss? Falls ja: Mit welchen Instrumenten?

6. In der Vergangenheit hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen häufig Aufträge anderer Ressorts im Sinne einer reinen Baudienststelle bearbeitet. Wir sind der Meinung, dass dies zu kurz greift und von einer Senatsverwaltung mehr erwartet werden muss: Als Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hat die Behörde bei jedem Projekt grundsätzlich alle relevanten Aspekte der Stadtentwicklung zu betrachten. Diese Expertise kann von den bestellenden Ressorts nicht erwartet werden. Umso wichtiger ist es, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sich dieser Verantwortung bewusst ist und die Aufgabe annimmt.

Teilen Sie diese Auffassung? Wenn ja: Werden Sie sich dafür einsetzen und mit welchen Mitteln?

Wir erlauben uns, diesen Fragenblock gesammelt zu beantworten:

*Wir setzen uns für CO<sub>2</sub>-Neutralität beim Bauen und Wohnen bis 2035 ein. In Bezug auf die*

*Baubranche ist der wichtigste Hebel dabei ein wirksamer CO<sub>2</sub>-Preis. Hierzu zählt eine Marktpreis von Baumaterialien, der alle Umweltfolgekosten beinhaltet. Dadurch werden umweltschädliche Baustoffe teurer. Ökologisch nachhaltige Baumaterialien hingegen sollten staatlich gefördert werden. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, dass der Ressourcenaufwand und der CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines (geplanten) Gebäudes transparent abgebildet wird.*

*Diese Maßnahmen würden unserer Einschätzung nach dazu führen, dass die Modernisierung von Bestandsgebäuden deutlich günstiger und damit attraktiver wird als ein kompletter Neubau. Sollte ein Neubau nötig sein, sollte dieser möglichst klimaneutral sein durch den flächendeckenden Einsatz und die weitere Erforschung von nachwachsenden, nachhaltigen, klimaneutralen und kreislaufgerechten Baumaterialien. Hierzu zählen zum Beispiel Holz, Lehm, Kork, Hanf, Flachs oder Schafwolle. Zudem möchten wir die Nutzung von Recycling-Beton fördern.*

## NACHVERDICHTUNG/MIKROKLIMA

Nahezu alle in Berlin laufenden bzw. geplanten Baumaßnahmen zur Verdichtung von bestehenden Wohnkomplexen und -gebieten gehen einher mit einer massiven Reduzierung von Grün- und Freiflächen und sogar Spielplätzen sowie der Vernichtung von wertvollem altem Baumbestand.

Die Anzahl der tropischen Nächte in Berlin hat sich laut Statistik in den letzten 10 Jahren vervierfacht. Viele ehemals bestehende Luftschnitten laut Klimaatlas Berlin 2015 sind zwischenzeitlich durch Neubauten schon zerstört bzw. werden zerstört. Nachverdichtungsvorhaben wirken sich negativ auf das Mikroklima vor Ort sowie auf das gesamte Klima in Berlin aus und erhöhen die bioklimatischen Belastungen der BewohnerInnen.

Unserer Meinung nach darf Stadtentwicklung in Zeiten des Klimawandels nicht mehr nach dem unreflektierten Schema "Bauen! Bauen! Bauen!" betrieben werden. Auch in der Wohnungspolitik müssen zukunftsfähige Konzepte wie beispielsweise die Aktivierung von Leerständen durch Gebäudeumnutzungen (Büros, Fabriken, Shoppingcenter) bei gleichzeitiger Herstellung zusätzlicher Grünanlagen und dem Schutz vorhandener Grünflächen umgesetzt werden.

1. Setzt sich Ihre Partei für eine Abkehr vom Dogma der baulichen Verdichtung im Rahmen der Innenentwicklung ein?
2. Wird sich Ihre Partei gegen die Verdichtung und für den Erhalt von Bäumen, grünen Freiflächen und Spielflächen in bestehenden Wohnquartieren einsetzen? Wenn ja, wie/ mit welchen konkreten Instrumenten?

Wir erlauben uns, diesen Fragenblock gesammelt zu beantworten:

*Wir setzen uns für einen Erhalt von Frischluftschneisen, Parks und Grünflächen ein. Eine Nachverdichtung macht besonders dann Sinn, wenn Baulücken geschlossen werden (bereits versiegelte Flächen) oder ein Dachgeschossausbau erfolgt. Hier muss in Zusammenarbeit mit Expert\*innen die Auswirkung auf Frischluftschneisen individuell geprüft werden. In jedem Fall sollte direkt am Gebäude oder in naher Umgebung ein Grünflächenausgleich erfolgen.*

*Weiterhin möchten wir durch die Reduktion des parkenden und fließenden Verkehrs mehr Platz schaffen für Grünflächen, Begegnungszonen und klimafreundliche Fortbewegungsmittel.*

## GESUNDHEIT

„Städte sind im Vergleich zum Umland oft stärker belastet durch Überwärmung, hohe Konzentration von Feinstaub und anderen Luftschadstoffen sowie durch Lärm. [...] Der Klimawandel wird diese Belastungen erheblich verstärken. [...] Solche Belastungsfaktoren führen [...] zu erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen und zu erhöhten Krankheits- und Sterblichkeitsraten. [...] Über ihre regulierenden Ökosystemleistungen hilft die Stadtnatur, die geschilderten Belastungen zu reduzieren. So binden Bäume und andere Vegetationselemente Feinstoff und weitere Luftschadstoffe [...] und mindern über Beschattung und Verdunstungskühle die Hitzebelastung.“ (S. 25) „Stadtnatur vermindert nicht nur Umweltbelastungen, sondern begünstigt auch unmittelbar die physische und psychische Gesundheit der Menschen.“ (S. 26)

([https://www.ufz.de/export/data/global/190506\\_TEEB\\_DE\\_Broschuere\\_KF\\_Bericht3\\_Stadt\\_BF.pdf](https://www.ufz.de/export/data/global/190506_TEEB_DE_Broschuere_KF_Bericht3_Stadt_BF.pdf))

Das vergangene Jahr war in Berlin das heißeste seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Etwa 490 Menschen sind 2020 an den Folgen der großen Hitzewelle in Berlin gestorben. Das geht aus Berechnungen des Robert-Koch-Instituts hervor. „Als Folge des Klimawandels treten in Deutschland seit etwa der Jahrtausendwende Hitzewellen in einer ungewöhnlichen Häufigkeit auf“, schreibt das Institut in seinem Bericht. „Starke und/oder längere Hitzewellen führen dabei regelmäßig zu einer erhöhten Mortalität, besonders in den älteren Altersgruppen.“ ([https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/Ausgaben/23\\_19.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/Infekt/EpidBull/Archiv/2019/Ausgaben/23_19.pdf?__blob=publicationFile))

Dringender Handlungsbedarf liegt damit auf der Hand. Bereits 2011 arbeitete der Stadtentwicklungsplan Klima die Anpassung Berlins an die Folgen des Klimawandels als zentrale Aufgabe der Stadtentwicklung heraus.

([https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/download/klima/step\\_klima\\_brosc\\_huere.pdf](https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/stadtentwicklungsplanung/download/klima/step_klima_brosc_huere.pdf), S. 24 f.)

1. Wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode für eine gesundheitsfördernde Klimaresilienz Berlins einsetzen? Wenn ja: Welche Werkzeuge/Maßnahmen werden Sie ergreifen?
2. Grüne Gemeinschaftsflächen sind Orte der Begegnung von Jung und Alt. Sie wirken der zunehmenden Vereinsamung und Isolation in unserer Gesellschaft entgegen. Sie dienen nicht nur dem Erhalt der psychischen und körperlichen Gesundheit der BürgerInnen, sondern sind auch für das Gemeinwohl und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft von essentieller Bedeutung. In der Corona-Pandemie ist die Notwendigkeit grüner Sozialflächen noch deutlicher geworden.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Gemeinschaftsflächen geschützt und als solche weiterentwickelt werden? Wenn ja: Wie?

3. Wie eingangs beschrieben, verringert sich der Baumbestand Berlins seit Jahren drastisch. Das Fehlen beschatteter Orte geht mit einem deutlich gestiegenen Hautkrebsrisiko einher. Durch die Abnahme schattiger Spielplätze und -flächen wird die ohnehin hoch gefährdete Gruppe der Kinder besonders stark belastet.

Wie wollen Sie sich dafür einsetzen, dass Stadtentwicklung dieser gesundheitlichen Gefährdung entgegenwirkt?

4. Spezielle Notfallpläne für Gesundheitsprobleme durch große, langandauernde Hitze wurden unter anderem in Spanien, den Niederlanden und Frankreich aktiviert. In Deutschland sind Notfallpläne zur Versorgung hitzegeschädigter Menschen in Großstädten bisher nicht vorhanden. Die Feuerwehr hat aufgrund dessen im August des letzten Jahres erstmalig den Notstand in Berlin ausgerufen.

Werden Sie sich für berlinweite Hitze-Notfallpläne einsetzen? Wenn ja: Wie können diese aussehen?

Wir erlauben uns, diesen Fragenblock gesammelt zu beantworten:

*Langfristig setzen wir uns europaweit für Klimaneutralität bis 2040 ein, um das Problem bei der Wurzel zu packen. Die Folgen der Klimakrise und einer fehlgeleiteten Stadt- und Umweltpolitik sind in Berlin bereits deutlich zu spüren. Wir möchten daher den motorisierten Individualverkehr in den kommenden Jahren deutlich reduzieren und den Umweltverbund (ÖPNV, Fahrrad, zu Fußgehende) stärken. Dies hätte unmittelbar positive Folgen auf die Gesundheit aller Berliner\*innen. Durch eine Reduktion des fahrenden und parkenden Verkehrs entstehen in Zukunft neue städtische Räume. Diese wollen wir nutzen für Grün- und Gemeinschaftsflächen sowie für den Ausbau der umweltfreundlichen Fortbewegungsmittel. Gemeinschaftsflächen sollen geschützt und weiterentwickelt werden.*

*Der deutliche Ausbau der Dach- und Fassadenbegrünung wird eine positive Auswirkung auf das Stadtklima und die Abmilderung der Folgen von Extremwetterlagen (Hitze, Starkregen) haben. Da zu erwarten ist, dass die Extremwetterlagen in den kommenden Jahren weiter zunehmen werden, möchten wir die Erstellung von Notfallplänen vorantreiben. Hierbei möchten wir uns, wie in Ihrer Frage bereits erwähnt, an "Best-practice"-Beispielen aus Europa orientieren.*

## BÜRGERINNENBETEILIGUNG

Die grundlegende Verbesserung der Beteiligung der BürgerInnen an der Stadtentwicklung ist für die Politik eine große Aufgabe. Es bedarf hier zusätzlicher landesrechtlicher Regelungen, um die Interessen und den Sachverstand von Planungsbetroffenen in alle relevanten Bau- und Planungsprozesse einzubeziehen. Beispielsweise muss endlich auch im Baugenehmigungsverfahren eine verbindliche BürgerInnenbeteiligung eingeführt werden. In den Bauplanungsverfahren muss aus der bestehenden Mitwirkung die Mitbestimmung von BürgerInnen werden.

1. Werden Sie sich dafür einsetzen, aus Planungsbetroffenen mitplanende und mitentscheidende BürgerInnen zu machen? Wenn ja: Wie?
2. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die BürgerInnenbeteiligung für Bauträger keine Empfehlung bleibt, sondern eine verbindliche, zu kontrollierende Verpflichtung wird? Wenn ja: Wie?

Wir erlauben uns, diesen Fragenblock gesammelt zu beantworten:

*Eine stärkere und effizientere Bürger\*innenbeteiligung ist ein zentrales Anliegen unseres Wahlkampfes. Hierzu wollen wir Bürger\*innenräte und auch partizipative Bürger\*innenbudgets einführen. Eine Beteiligung der Bürger\*innen bei der Stadtplanung und bei größeren Bauplanungsverfahren ist für Volt eine Selbstverständlichkeit. Die konkrete Ausgestaltung der Gesetzestexte (Frage 2) werden wir nach Einzug in das Abgeordnetenhaus gemeinsam mit Expert\*innen eruieren.*

## BAURECHT/FLÄCHENPLANUNG

Der Flächennutzungsplan (FNP) 2015, also die vorbereitende Bauleitplanung, der Stadtentwicklungsplan Wohnen (StEP) 2030 und die Bauordnung für Berlin (BauO Bln) sind die Grundlagen aller Arten des Planens und Genehmigens von Verdichtungen. Die neuen Anforderungen an die Stadtentwicklung, die sich aus Klimawandel und Pandemie ergeben, müssen schnellstmöglich in die einschlägigen Gesetze und Planungsgrundlagen aufgenommen werden. In den Fokus gehören eine weniger verdichtete Bauweise und die Berücksichtigung des gestiegenen Bedarfs an Grün- und Sozialflächen.

1. Wie kann hier die Politik nachhaltige und bedarfsgerechte Änderungen herbeiführen? Wird sich

ihre Partei für Änderungen im o. g. Sinne einsetzen?

2. Mit welchen Instrumenten werden Sie zukünftig ein nachhaltiges und klimagerechtes Bauen und Nachverdichten steuern und kontrollieren?  
Welche Möglichkeiten sehen Sie im Rahmen des einfachen Baugenehmigungsverfahrens (§ 34 BauGB; unbeplanter Innenbereich)?
3. Setzen Sie sich die weitere Entsiegelung von Flächen in Berlin zum Ziel?  
Falls ja: Planen Sie während der nächsten Legislaturperiode ein konkretes Entsiegelungskonzept?
4. Durch Änderung der Berliner Bauordnung wurden 2006 die Gebäudemindestabstände um ca. 60% gegenüber der vorher gültigen Fassung reduziert. Erst hierdurch sind viele Nachverdichtungsvorhaben und Neubaukomplexe überhaupt möglich. Im Angesicht des Klimawandels und der einschränkenden Maßnahmen zur Pandemieeindämmung sind solch enge Gebäudeabstände inakzeptabel. Deshalb fordern wir die politisch Verantwortlichen auf, die vor 2006 in der Bauordnung bestehenden Abstandsregeln erneut in Kraft zu setzen.

Wie stehen Sie zu dieser Forderung? Würden Sie die Gesetzesinitiative ergreifen?

5. Wo sieht Ihre Partei im Neubau die räumlichen Schwerpunkte in Berlin – auch im Hinblick auf soziale Infrastruktur, Verkehrsanbindung und Nahversorgung?  
Steht Ihre Partei gegen bestimmte Vorhaben?
6. Im Ostteil Berlins fehlt es aufgrund einer anderen Baurechtslage in der früheren DDR an verbindlicher Bauleitplanung. Daraus ergibt sich, dass vor allem im Ostteil der Stadt eine massive, Enge erzeugende und Grünflächen zerstörende Verdichtung nach §34 BauGB erfolgt - ohne verpflichtende Berücksichtigung der Infrastruktur und ohne verpflichtende Bürgerbeteiligung. Dies wird von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen ausdrücklich unterstützt.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die "Wild Ost"-Bebauung nach §34 BauGB ein Ende hat? Wenn ja: wie?

Wir erlauben uns, diesen Fragenblock gesammelt zu beantworten:

*Volt setzt sich dafür ein, dass bei der Stadtplanung und -entwicklung neben städtebaulichen Kriterien vor allem die soziale und ökologische Kriterien eine führende Rolle einnehmen. Wir setzen uns daher bundesweit für die Änderung der §34 BauGB ein. Wie weiter oben bereits erwähnt, sollte die Nachverdichtung im Innenstadtbereich vor allem auf bereits versiegeltem Boden (Baulücken, Brachflächen) oder durch Dachgeschossausbau geschehen. Bereits versiegelter Boden, der nicht für die Schaffung von Wohnraum in Frage kommt, sollte entsiegelt und begrünt werden. Der Flächennutzungsplan sollte hinsichtlich dieser Kriterien überprüft werden. Wir setzen uns für eine bundesweite Angleichung und Vereinfachung der Bauordnungen ein. Das Baurecht sollte in beiden Teilen unserer Stadt angeglichen werden.*

## SOZIAL GERECHTE STADTENTWICKLUNG

1. Für welche Maßnahmen zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum wird sich Ihre Partei in der nächsten Legislaturperiode einsetzen?

*Wir setzen uns für massive Investitionen in klimagerechten und bezahlbaren Neubau ein sowie die Stärkung des nicht-profitorientierten Wohnungssektors. Hierbei spielen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften und die Genossenschaften eine wichtige Rolle. Die Vergabe von staatlichem Bauland an private und gewerbliche Bauträger\*innen soll vorrangig nach dem Erbbaurecht erfolgen und an soziale und ökologische Kriterien geknüpft werden.*

*Durch die Vereinfachung des Baurechts nach niederländischem Vorbild sowie die*

*Zusammenfassung der 16 Landesbauordnungen in eine einheitliche Bundesbauordnung erwarten wir deutliche Einsparungen sowie eine Vereinfachung der Bauvorhaben. Die Digitalisierung der Bauakte werden wir weiter vorantreiben.*

*Wir werden durch effektive CO<sub>2</sub>-Bepreisung einen Marktpreis von Baumaterialien erreichen, der alle Umweltfolgekosten beinhaltet. Dadurch werden umweltschädliche Baustoffe teurer. Ökologisch nachhaltige und kreislaufgerechte Baumaterialien hingegen sollten staatlich gefördert werden.*

2. In Barcelona gilt eine neue Regelung, um das Problem des Leerstands in der Stadt zu bekämpfen. Die Regelung zwingt Vermieter, ihre leerstehenden Objekte innerhalb eines Monats zu vermieten. Andernfalls gehen sie in den Besitz der Stadt über, die nur die Hälfte des Marktpreises der Immobilien als Entschädigung an die Besitzer zahlt. Hierdurch soll die Wohnungsnot reduziert werden, unter der viele einkommensschwache BewohnerInnen leiden.

Wird sich Ihre Partei für diese oder eine ähnliche Maßnahme in Berlin einsetzen, um Wohnungen, die wegen Immobilienspekulation leer stehen, dem Wohnungsmarkt zu günstigen Mieten zur Verfügung zu stellen?

*Die Leerstandsquote betrug in Berlin im Jahr 2019 0,8 Prozent. Dies ist ein im Bundesvergleich ein sehr geringer Wert. Nach unserer Einschätzung mangelt es in Berlin aktuell an einer effektiven Verfolgung und Sanktionierung von Wohnungsleerstand, die nach den aktuellen Gesetzen durchaus möglich wäre. Wir möchten daher im ersten Schritt die Verwaltung entlasten durch eine umfassende Verwaltungsreform (siehe unter anderem "Senatsverwaltung für Digitalisierung" in unserem Wahlprogramm).*

3. Welche Lösungsansätze sehen Sie, um Immobilienspekulation mit Wohngebäuden und Bodenspekulation mit brach liegenden Bauflächen einzudämmen?

*Wir planen eine Reform der Grundsteuer nach dem Bodenwertmodell, Hierbei würden brachliegende Bauflächen oder ungenutzter Wohnraum stärker besteuert werden als bisher und eine effiziente Nutzung des Bodens gefördert. Eine Spekulation mit Boden und Gebäuden wäre somit finanziell nicht mehr attraktiv. In Extremfällen sollen auch Sanktionen möglich sein.*

4. Welche anderen Maßnahmen (außer Neubau) für eine sozial gerechte Stadtentwicklung planen Sie?

*Wir wollen Milieuschutzgebiete ausbauen. Um die Mietpreisbremse effektiv durchzusetzen, planen wir den Ausbau kostenloser Beratungsstellen sowie eine umfassende digitale Plattform. Diese dient der Aufklärung über geltendes Recht, der Prüfung der eigenen Miete sowie wenn nötig einer "Online-Rüge" sowie die Kontaktvermittlung mit Ansprechpartner\*innen aus der zuständigen Verwaltung. Möbliertes Wohnen soll ich die Preisbindung aufgenommen werden, weiterhin setzen wir uns für eine bundesweite Reform des Gewerbemietrechts ein, um auch hier vor Verdrängung und starken Mietpreiserhöhungen zu schützen.*

*Außerdem planen wir eine gestaffelte Sonderabgabe auf Mieten, die oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Diese Abgabe soll nicht auf die Mietenden umgelegt werden können, für den Neubau sollen Ausnahmen gelten. Die Einnahmen werden wir dafür verwenden, den sozialen Wohnungsbau zu fördern und einkommensschwache Mieter\*innen zu unterstützen.*

**VIELEN DANK FÜR IHRE STELLUNGNAHME!**